



Fragenkatalog im Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des Alkoholgesetzes: Entwurf eines Spirituosensteuergesetzes und eines Alkoholgesetzes

Zutreffendes bitte ☒. Zusätzliche Bemerkungen bitte unterhalb der jeweiligen Frage im entsprechenden Kasten anbringen. Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf die jeweiligen Ziffern in der Vernehmlassungsvorlage.

A. Grundsätzliches zur Totalrevision des Alkoholgesetzes

1.	Sind Sie einverstanden, dass im Rahmen der Totalrevision des Alkoholgesetzes ein Spirituosensteuer- und ein neues Alkoholgesetz erlassen werden? (Ziff. 5 Bericht SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Frage von nachgeordneter Bedeutung. Die EVP begrüsst es, dass sich das Alkoholgesetz auf gesundheitspolitische und Aspekte der Prävention konzentriert. Dazu gehört indessen zweifelsohne auch Art und Höhe der Besteuerung. Es ist zu prüfen, ob allenfalls das neu zu schaffende Spirituosensteuergesetz und das Biersteuergesetz in einem neuen Alkoholsteuergesetz zusammengeführt werden könnten. Aus Gründen der Gleichbehandlung aller alkoholischen Getränke ist zweitens die Schaffung einer Verfassungsgrundlage für eine Weinsteuer zu prüfen.		
2.	Sind Sie mit der vorgeschlagenen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen einverstanden?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		
3.	Befürworten Sie, ...		
	... dass der Bund Alcosuisse, das Profitcenter der EAV, mit der Liberalisierung des Ethanolmarktes vollständig privatisiert? (Ziff. 8.1 Bericht SStG; Art. 65 SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	... und dass der verbleibende Teil der EAV unter Aufgabe ihres Status als Anstalt in die Bundesverwaltung überführt wird? (Ziff. 8.1 Bericht SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		



B. Entwurf des Spirituosensteuergesetzes (SStG)

1.	Befürworten Sie den Verzicht ...		
	a) ... auf das Bundesmonopol zur Herstellung von Spirituosen? (Ziff. 6.1 Bericht SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b) ... auf das Bundesmonopol zur Herstellung von Ethanol? (Ziff. 6.1 Bericht SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	c) ... auf das Bundesmonopol zur Einfuhr von Ethanol? (Ziff. 6.2 Bericht SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Diese Bundesmonopole haben ihre Berechtigung verloren. Ging es bei ihrer Einführung darum, dass sich breite Bevölkerungsteile mit selbstgebrannten und entsprechend billigen Spirituosen erheblicher Suchtgefahr aussetzten, besteht die Missbrauchsgefahr heute aufgrund des gestiegenen Wohlstandes nicht mehr bei der Herstellung, sondern beim Verkauf von alkoholischen Getränken (Detailhandel). Hingegen lässt sich die Aufhebung der Monopole nur dann rechtfertigen, wenn auf die in Art. 17 Abs. 1 Bst. c vorgesehene Steuerbefreiung von den ersten 10 Litern reinen Alkohols pro Person und Jahr vollumfänglich verzichtet wird.		
2.	Befürworten Sie, dass sich der Bund baldmöglichst aus dem liberalisierten Ethanolmarkt zurückzieht? (Ziff. 6.2 und 6.3 Bericht SStG; Art. 65 SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Keine Bundesaufgabe		
3.	Zur Sicherung der Spirituosensteuer bedarf es neuer Kontrollinstrumente. Befürworten Sie das Instrument ...		
	a) ... der Meldepflicht? (Art. 5 i.V. 4 Abs. 1 SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b) ... des Alkoholregisters? (Art. 4 SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	c) ... der Verwendungsverpflichtung? (Art. 8 SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	d) ... des Denaturierungsbeauftragten? (Art. 18 Abs. 1 Bst. b SStG)	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>



	<p>Bemerkungen: Das neu zu schaffende Amt eines Denaturierungsbeauftragten ist zu kompliziert. Vielmehr soll das Instrument der Verwendungsverpflichtung auf die Denaturierung ausgeweitet werden: wer un versteuertes Ethanol beziehen will, soll sich schriftlich verpflichten müssen, die Ware ausschliesslich zur Herstellung bestimmter Erzeugnisse zu verwenden (wie vorgeschlagen) oder andernfalls zu denaturieren (neu). Die Behörde kann in der Bewilligung nebst den erlaubten Erzeugnissen gleich auch die erlaubten Denaturierungsmethoden definieren.</p> <p>Begründung: Wenn in Art. 8 die schriftliche Verpflichtung als ausreichend betrachtet wird, um etwaigen Missbräuchen von undenaturiertem Ethanol vorzubeugen, ist es unverhältnismässig, im Fall der Denaturierung einen speziellen Denaturierungsbeauftragten zu ernennen, auszubilden und zu prüfen. Die betroffenen Unternehmungen dürften in aller Regel das erforderliche Fachwissen aufbringen können, um eine korrekte Denaturierung schriftlich zusichern zu können. Dieser Änderungsvorschlag dient der administrativen Vereinfachung und lässt sich ohne weiteres in Art. 8 unterbringen.</p>
--	---

4.	<p>Die in Frage B.3. aufgeführten neuen Instrumente ergänzen bestehende Kontrollinstrumente. Erachten Sie dieses Instrumentarium als hinreichend zur Sicherung der Spirituosensteuer?</p> <p>Wenn nein: Welche zusätzlichen Instrumente scheinen Ihnen angezeigt?</p>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		
5.	Befürworten Sie grundsätzlich die Optimierungen des Steuersystem, bestehend aus ...		
	a) ... einer einheitlich geregelten Steuerpflicht? (Art. 11 SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b) ... einer Reduktion und Vereinheitlichung der steuerlichen Privilegien? (Art. 17 SStG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Die EVP hat hingegen massive Vorbehalte gegenüber Art. 17 Abs. 1 Bst. c, welcher nicht etwa eine Reduktion, sondern eine Ausweitung		



	<p>der steuerlichen Privilegien bedeutet, indem er die ersten 10 Liter reinen Alkohols pro Person und Jahr (entspricht ca. 35 Flaschen Vodka) gänzlich steuerbefreit und damit sämtlichen Präventionsanstrengungen spottet. Siehe Anmerkungen zur nächsten Frage.</p>		
6.	<p>Inskünftig sollen alle natürliche Personen von mehr als 18 Jahren einheitlich und unabhängig davon, ob sie in der Landwirtschaft tätig sind, ohne Entrichtung der Spirituosensteuer pro Kalenderjahr Spirituosen im Umfang von 10 Liter reinen Alkohols herstellen bzw. herstellen lassen können. (Art. 17 Abs. 1 Bst. c SStG)</p> <p>Befürworten Sie diese Vereinheitlichung des Steuerprivilegs ...</p>		
	a) ... im Grundsatz?	<p>Ja <input checked="" type="checkbox"/></p>	<p>Nein <input type="checkbox"/></p>
	b) ... hinsichtlich seiner Höhe?	<p>Ja <input type="checkbox"/></p>	<p>Nein <input checked="" type="checkbox"/></p>
			<p><i>weil</i> ... zu hoch <input checked="" type="checkbox"/> ... zu tief <input type="checkbox"/></p>
<p>Bemerkungen: Art. 17 Abs. 1 Buchstabe c ist ersatzlos zu streichen, da er nicht kohärent ist mit dem übrigen Gesetz, im Vollzug aufwändig ist und dem Präventionsanliegen zuwiderläuft.</p> <p>Begründung: In Art. 11 werden als steuerpflichtig definiert: die Hersteller der im Inland hergestellten Spirituosen ("Lohnbrenner"). In Art. 17 Abs. 1 Bst c soll hingegen steuerbefreit werden: die Herstellung 10 Liter reinen Alkohols jährlich pro Person über 18 Jahre. Gemeint sind mit diesen Personen nicht etwa die in Art. 11 definierten Steuerpflichtigen, sondern Personen, die Spirituosen herstellen lassen ("Brennauftraggeber", vgl. S. 55 des erläuternden Berichtes). Die in Art. 17 gewährte Steuerbefreiung bezieht sich also auf eine Person, die laut Art. 11 gar nicht steuerpflichtig ist. Es stellt sich die Frage, ob diese Inkohärenz rechtlich überhaupt zulässig ist. Zweitens unterläuft die Bestimmung in hohem Masse die Bestrebungen zur Reduktion der Anzahl Steuerpflichtigen.</p> <p>Die Bestimmung ist aber auch im Vollzug aufwändig: So muss der Lohnbrenner bei der Rechnungsstellung unterscheiden, ob eine Person in diesem Jahr bereits 10 Liter reinen Alkohols bezogen hat oder nicht und entsprechend bloss den Brennlohn oder auch die Alkoholsteuer in</p>			



	<p>Rechnung stellen. Er kann sich dabei nur auf die Zusicherung der betroffenen Person abstützen. Kommt die zuständige Behörde zu einem anderen Ergebnis, muss er die Alkoholsteuer nachträglich in Rechnung stellen.</p> <p>Die zuständige Behörde muss schliesslich gegenüber heute 48'000 Steuerpflichtigen neu über potentiell rund 5 Millionen Personen (alle über 18-jährigen in der Schweiz) Buch führen, wie viele Liter steuerbefreiten Alkohols diese in diesem Jahr bereits haben herstellen lassen. Das kann nicht die Absicht dieses Gesetzes sein.</p> <p>Die Steuerbefreiung unterläuft den Präventionsgedanken, zumal befürchtet werden muss, dass Geschäftsmodelle auftauchen werden, welche die Steuerbefreiung auf den ersten 10 Litern aktiv bewerben werden (heute bietet eine Ermässigung von 30% auf den ersten 30 Litern einen wesentlich geringeren Anreiz für solche Modelle).</p> <p>Die Streichung dieser Bestimmung lässt sich auch insofern rechtfertigen, als die maximale Steuerbefreiung von höchstens 290 Franken für bisherige Nutzniesser verhältnismässig unbedeutend ist.</p>
7.	Zusätzliche Anliegen hinsichtlich SStG:

C. Entwurf des Alkoholgesetzes (AlkG)

1.	Befürworten Sie, dass die Handels- bzw. Werbebestimmungen für alkoholische Getränke nicht mehr in mehreren Erlassen, sondern in einem Gesetz geregelt werden?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		

Werbung

1.	Befürworten Sie den Vorschlag, wonach die Spirituosen weiterhin strengerer Werbebestimmungen unterstehen als Bier und Wein? (Art. 3 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Teilweise. Die Bestimmungen in Art. 3 Abs. 4 Bst. b. (Öffentliche Verkehrsmittel) und Bst. d. (Radio und Fernsehen) sowie Art. 3 Abs. 5. Bst. a. (öffentliche Gebäude) und Bst. b. (Sportplätze und -veranstaltungen) müssen auch für die übrigen alkoholischen Getränke gelten und in Art. 4 übernommen werden.		
	Die Werbebestimmungen müssen prinzipiell auch für alkoholfreies Bier		



	gelten. Heute werden die Werbebestimmungen teils massiv unterlaufen, indem Werbungen, versehen mit dem Hinweis "alkoholfrei" sämtliche Bestimmungen zur Bierwerbung umgehen können.		
2.	<u>Befürworten Sie die folgenden inhaltlichen Werbebeschränkungen:</u>		
	a ₁) Spirituosen: Beschränkung der Werbung auf Sachlichkeit; Verbot preisvergleichender Angaben, des Versprechen von Zugaben oder anderen Vergünstigungen. (Art. 3 Abs. 1 - 3 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	a ₂) Bier und Wein: Werbung erlaubt vorbehältlich Jugendschutz. (Art. 4 Abs. 1 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		
3.	<u>Befürworten Sie die folgenden Beschränkungen hinsichtlich Werbeträgern:</u>		
	b ₁) Spirituosen: Verbot der Werbung auf Gegenständen ohne sachlichen Bezug, in und an öffentlichen Verkehrsmitteln, in Radio und Fernsehen; erlaubt in übrigen Medien unter Vorbehalt des Jugendschutzes. (Art. 3 Abs. 4 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b ₂) Bier und Wein: Werbung erlaubt. Vorbehalt Jugendschutz. (Art. 4 Abs. 2 Bst. a und b AlkG)	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Keine Werbung für Bier und Wein in und an öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Radio und Fernsehen.		

4.	<u>Befürworten Sie die folgenden örtlichen Werbebeschränkungen</u>		
	c ₁) Spirituosen: Verbot der Werbung in und an öffentlichen Zwecken dienenden Gebäuden sowie auf deren Arealen, auf Sportplätzen, Sportveranstaltungen sowie an Orten, die hauptsächlich von Jugendlichen besucht werden. (Art. 3 Abs. 5 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	c ₂) Bier und Wein: Werbung erlaubt. Vorbehalt Jugendschutz. (Art. 4 Abs. 2 Bst. c AlkG)	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Keine Werbung für Bier und Wein in und an öffentlichen Gebäuden sowie auf Sportplätzen und an Sportveranstaltungen.		
5.	Würden Sie einheitliche, für alle alkoholischen Getränke gleichermassen geltende Werbebestimmungen befürworten ...		



	a) ... auf dem strengeren Niveau analog Alkoholgesetz?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b) ... auf dem auf den Jugendschutz beschränkten Niveau des Lebensmittelrechts?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Die EVP befürwortet einheitliche Werbebestimmungen auf dem strengeren Niveau des Alkoholgesetzes nur dann, wenn sie sich an den Bestimmungen zur Spirituosenwerbung orientieren und nicht eine Nivellierung nach unten an den legereren Bestimmungen zu den übrigen alkoholischen Getränken bedeuten.		
6.	Befürworten Sie die folgende Zuständigkeitsordnung:		
	a) Der Bund ist abschliessend zuständig für den Erlass und für die Kontrolle von inhaltlichen Werbebeschränkungen und solchen hinsichtlich Werbeträgern.	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b) Die Kantone sind zuständig für die Kontrolle der örtlichen Werbebeschränkungen und können weitergehende örtliche Beschränkungen vorsehen.	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		

Handel

1.	Sind Sie einverstanden mit den Zielen, die mit den Handelsbestimmungen erreicht werden sollen: (Ziff. 4.2 Bericht AlkG)		
	a) Verleitung zum Alkoholkonsum minimieren?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b) Ausweichen auf alkoholfreie Getränke ermöglichen?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	c) Schutz der Jugend?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>



	d) Kontrolle des Handels gewährleisten?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Die EVP sieht keine Notwendigkeit, weshalb vom Grundsatz abgerückt werden soll, den Alkoholkonsum per se zu minimieren. Das ist keine falsche Zielsetzung. Sie steht jedoch im Grundsatz und wo nicht anders beschrieben hinter den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen, weil diese die im erläuternden Bericht auf Seite 14 in Aussicht gestellte Abkehr von obigem Grundsatz im Gesetz nicht weiter konkretisieren.		
2.	Befürworten Sie den Vorschlag, wonach der Bund Spirituosen, Bier und Wein im Grundsatz grundsätzlich einheitlichen Handelsbestimmungen unterstellt? (Art. 4ff. AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		
3.	Befürworten Sie die folgenden für Spirituosen bzw. für Bier und Wein unterschiedlich geregelten Handelsbestimmungen:		
	a) Gewährung von Vergünstigungen (Lockvogelangebote)? (Art. 7 AlkG)	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	b) Abgabealter? (Art. 8 Abs. 1 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen: Lockvogelangebote sind in Detailhandel und im Ausschank generell zu verbieten, zumindest aber im Ausschank (im Detailhandel auch für die Spirituosen wie vorgeschlagen). Als absolute Mindestmassnahme sind Lockvogelangebote an sämtlichen Wochentagen zwischen 21 und 9 Uhr und nicht nur wie vorgeschlagen freitags und samstags zu verbieten. Beim Abgabealter macht eine Abstufung Sinn: sie ermöglicht das schrittweise Erlernen des richtigen Umgangs mit Alkohol.		

4.	Braucht es im Handel zusätzliche Sonderregelungen, die ausschliesslich gelten
----	---



	für ...		
	a) ... Spirituosen? Wenn ja, welche?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	b) ... Bier? Wenn ja, welche?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	c) ... Wein? Wenn ja, welche?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		
5.	Befürworten Sie die folgenden Bestimmungen über den Handel mit alkoholischen Getränken:		
	a) das Abgabeverbot an unbeaufsichtigten Automaten? (Art. 6 Abs. 1 Bst. a AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b) das Verbot der unentgeltlichen Abgabe, vorbehaltlich Degustationen mit Betreuung durch Personal? (Art. 6 Abs. 1 Bst. b AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	c) das Verbot bzw. die zeitliche Beschränkung der Gewährung von Vergünstigungen (Lockvogelangebote)? (Art. 7 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	d) die Beschränkung des Abgabalters (16/18)? (Art. 8 Abs. 1 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	e) das Verbot der Weitergabe in unmittelbarer Umgehung des altersabhängigen Abgabeverbots? (Art. 8 Abs. 2 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	f) die Pflicht kostendeckender Preise? (Art. 10 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	g) die Pflicht zum Angebot alkoholfreier Getränke? (Art. 11 AlkG)	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>



6.	<p>Erachten Sie eine Beschränkung der Lockvogelangebote für Bier und Wein in der vorgeschlagenen Form (Angebote zulässig ausser an Freitagen und Samstagen von 21 bis 9 Uhr des Folgetages) als (Art. 7 Abs. 2 AlkG)</p>		
	a) ... hinreichend?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	b) ... zu weit gehend?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
	c) ... zu wenig weit gehend?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	<p>Bemerkungen: Lockvogelangebote für Bier und Wein sind in Einzelhandel und Ausschank generell zu verbieten, zumindest aber im Ausschank. Als absolute Mindestmassnahme sind Lockvogelangebote an sämtlichen Wochentagen zwischen 21 und 9 Uhr und nicht nur wie vorgeschlagen freitags und samstags zu verbieten. Zu prüfen ist weiter, den Verkauf von alkoholischen Getränken in Tankstellenshops, Bahnhofsgeschäften etc. (d.h. überall dort, wo die tendenziell deutlich tieferen Einzelhandelspreise statt der Gastronomiepreise zur Anwendung gelangen) zwischen 21 und 7 Uhr grundsätzlich zu verbieten.</p>		
7.	<p>Befürworten Sie, dass der Bund den Handel mit alkoholischen Getränken nicht abschliessend regelt, so dass die Kantone weitergehende Beschränkungen vorsehen können? (Art. 6 Abs.2 AlkG)</p>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		
8.	<p>Befürworten Sie den Vorschlag, wonach für den Einzelhandel... (Art. 5 AlkG)</p>		
	a) ... mit alkoholischen Getränken eine kantonale Bewilligung nötig ist?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	b) ... ausschliesslich mit Weinen eine Meldepflicht bei der Weinhandelskontrolle ausreicht?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
	Bemerkungen:		
9.	<p>Befürworten Sie die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Alkohol-Testkäufe? (Art. 9 AlkG; Ziff. 6.1 Bericht AlkG)</p>	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>



	Bemerkungen:
--	--------------

Schlussfrage

Befürworten Sie Massnahmen, die der Gesetzesentwurf noch nicht vorsieht?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
<p>Wenn ja, welche?</p> <p>— Generelles Verbot von Lockvogelangeboten wie Happy Hours, Zwei für eins etc.</p> <p>Jegliche vergünstigte Abgabe von Alkohol läuft einer wirksamen Prävention zuwider. Lockvogelangebote wie Happy Hours, Zwei für eins, Ladies Nights, etc. sind deshalb strikte zu verbieten: am besten generell in Detailhandel und Ausschank, mindestens aber im Ausschank. Als absolute Minimalmassnahme sind diese Angebote nicht wie vorgeschlagen nur freitags und samstags zwischen 21 und 9 Uhr zu verbieten, sondern an jedem Abend der Woche. Längst ist der Donnerstag der wichtigste Ausgangsabend und es ist kontraproduktiv, wenn die grossen Besäufnisse an jenen Abenden stattfinden, wo am nächsten Tag Schule oder Lehre ansteht.</p> <p>— Kein Verkauf von alkoholischen Getränken im Detailhandel zwischen 21 und 7 Uhr</p> <p>Eine Studie hat soeben ergeben, dass diese Massnahme in Genf hochwirksam ist und die Anzahl Hospitalisierungen wegen Alkoholvergiftungen drastisch gesunken sind. Auch die SBB machen gute Erfahrungen mit dem freiwilligen Verkaufsverzicht in den Bahnhöfen.</p> <p>— Strengere Werbebestimmungen für Bier und Wein analog Spirituosen</p> <p>Die EVP will strengere Werbebestimmungen und fordert, dass die Werbeverbote a) in und an öffentlichen Verkehrsmitteln, b) in Radio und Fernsehen, c) in und an Gebäuden oder Gebäudeteilen, die öffentlichen Zwecken dienen, und auf ihren Arealen sowie d) auf Sportplätzen und an Sportveranstaltungen nicht nur für Spirituosen gelten, sondern bei allen alkoholischen Getränken zum Tragen kommen.</p>		



— Anhebung des Steuersatzes

Der Steuersatz für Spirituosen ist seit 1999 unverändert geblieben. Seine Anhebung zumindest auf die schon früher vom Bundesrat vorgeschlagenen CHF 35 pro Liter reinen Alkohols soll nun aus Präventionsgründen vorgenommen werden.

— Keine Steuerbefreiung von 10 Litern pro Person und Jahr

Die EVP verlangt dringend, auf die erwähnte Steuerbefreiung zu verzichten, weil sie der Systematik des Gesetzes zuwiderläuft und allen Anstrengungen zur Prävention spottet. Der Alkohol wird damit völlig unnötig verbilligt und es ist grundfalsch, das ursprünglich für die Landwirtschaft geltende Privileg auf die Gesamtbevölkerung auszudehnen. Es muss sogar befürchtet werden, dass gewisse Spirituosenhersteller entsprechende Produkte lancieren und die Möglichkeit des steuerfreien Alkohols aktiv bewerben werden. Da der Alkohol aus präventiver Sicht eh zu billig ist, ist diesem Ansinnen eine klare Absage zu erteilen und die EVP appelliert inständigst an Einsicht und Vernunft von Verwaltung und Bundesrat.

Wir bitten Sie, den ausgefüllten Fragebogen bis **31. Oktober 2010** an eine der folgenden Adressen zu richten:

Eidgenössische Alkoholverwaltung
Totalrevision
Länggassstrasse 35
3000 Bern 9

oder

totalrevision@eav.admin.ch

Besten Dank für Ihre Teilnahme